

Das Allheilmittel.

Wie ein Ertrinkender sich an einen Strohhalm, so klammert sich die „Opposition“ an das Allheilmittel, das sie aus der unangenehmen Lage, in die sie sich nun einmal verurteilt hat, nach ihrer Ansicht unfehlbar befreit. Ich meine die Abhandlung Döblins. Vor der Generalversammlung war vielfach die Ansicht vertreten, Gajch und Döblin müßten verschwinden. Nachdem aber der Verlauf der Generalversammlung ergab, daß Gajch durch sein bekanntes unqualifizierbares Auftreten als Redakteur unmöglich sei, Döblin dagegen nur im Sinne der Mehrheit der Mitaleiter gehandelt, auch die Generalversammlung die Tarifgemeinschaft gut hieß, taucht in neuerer Zeit in verschiedenen Versammlungen die Forderung auf, daß Döblin abjudandant habe. Hier tritt also wieder der Streit um die Persönlichkeiten in den Vordergrund, als ob unser ganzes Wohl und Wehe von einzelnen Personen abhänge, nicht von den Verhältnissen. Ein anderer Kollege an Döblins Stelle hätte, wenn er unsere Organisation nicht gefährden wollte, auch gar nicht anders handeln können als dieser, das beweist auch der Standpunkt der weitaus überwiegenden Zahl der Geworbenen, die sich den tatsächlichen Verhältnissen nicht entgegenstemmen konnten. Was tritt aber ein, wenn Döblin wirklich abjudandant sollte? Die Generalversammlung hat den Weg vorgezeichnet, den unsere Organisation für die nächste Zukunft zu beschreiten hat und ein neuer Vorsitzender müßte diesen Weg ebenfalls beschreiten, wenn er sich nicht über die Beschlüsse der Generalversammlung diktatorisch hinwegsetzen wollte. Oder sollte eigens für diese Wahl nochmals eine kostspielige Generalversammlung einberufen werden? Das wird wohl keinem Kollegen in den Sinn kommen. § 17 des Verbandsstatuts befaßt folgendes: „Schreibt im Laufe der Wahlperiode der Vorsitzende, Hauptverwalter oder Kassierer aus oder ist eines dieser Vorstandsmitglieder dauernd verhindert, seine Amtsgeschäfte wahrzunehmen, so erfolgt die Ergänzungswahl für den Rest der Amtsdauer auf Vorschlag der Mitgliedschaft des Verbandes durch die Geworbenen.“ Die Geworbenen können nun keinem Kollegen als Zentralvorständen ihre Stimme geben, der die Beschlüsse der Generalversammlung für sich nicht als bindend erachtet. Also die Opposition würde nach den gegebenen Darlegungen auch nicht um eine Viertelpeit vorwärts kommen, im Gegenteil, sie würde ihren bisherigen Niederlagen noch eine neue hinzufügen. Auch vergesse man nicht, daß die Opposition tagtäglich kleiner wird, es wird eben immer heller in den Köpfen und man sieht ein, daß sich ökonomische Nachsichtener nicht einfach besette lassen. Nur die verbliebensten Opponenten wollen ihren gemachten Fehler nicht eingestehen — darum das Abschweifen ins persönliche Gebiet. Hätte die Opposition die Oberhand behalten, unsere stolze Organisation läge jetzt zertrümmert am Boden und es ist billig zu bezweifeln, ob aus diesen Ruinen neues Leben erblühen würde, denn die Prinzipalität hätte diesmal nichts unversucht gelassen, um vollends den Ausgang zu machen. Dieses bezogte die Opposition und wirkte praktisch mit zur Durchföhrung des jetzigen Tarifs — das ist jedenfalls vorteilhafter, als die Herrschergelüste eines Einzelnen zu unterstützen.

Bremen.

—?

Korrespondenzen.

* Berlin. Das Personal von Rosenthal & Co. nahm Veranlassung, das fünfundsundzwanzigjährige Jubiläum des Hilfsarbeiters Adolf Wachs am 18. September feierlich zu begehen. Am Morgen wurde der in harter Arbeit ergrante Jubilar mit einem Buchdruckerlieb empfangen, eine Ehrenspore wurde errichtet und dem Jubilare wurde nach einer schwungvollen Ansprache eine silberne Uhr mit Kette überreicht. Am folgenden Tage hatte die Firma ein solennes Festessen veranstaltet, wobei die persönlich erscheinende Jubilarin dem Jubilar einen goldenen Becher überreichte. Herr Faktor Schulz hielt hierbei eine warme Ansprache, worauf zum gemüthlichen Teil übergegangen wurde, der die Teilnehmer noch lange besammten hielt. Bemerkenswert ist, daß bei diesem fünfundsundzwanzigjährigen Jubiläum gerade 25 Personen anwesend waren, die dementsprechend auch 25 Portionen Abendbrot, 25 Portionen Butter und Käse, 25 Portionen Kaffee und 25 Portionen Kuchen genossen. Ob diese 25 Anwesenden auch 25 Was Bier, 25 Kognak getrunken und 25 Zigaretten geraucht, darüber wird uns nichts berichtet.

F. Breslau. Ausnahmungsweise war unsere zum 20. September einberufene Versammlung eine reger besuchte. Galt es doch, hauptsächlich zum zweiten Punkte der Tagesordnung, betr. den Ausschluß von Gajch und Genossen, Stellung zu nehmen. In seinen einleitenden Worten spricht sich der Vorsitzende helle gegen den Ausschluß als gegen das Statut verstößend aus. Den Ausschluß Gajchs anlangend, so erscheine es weniger angebracht, hierzu besonders Stellung zu nehmen, da in dieser Angelegenheit bereits die Generalversammlung gesprochen habe. Steinbach ist überhaupt gegen jeden Ausschluß; auch habe der Corr. seine unparteiliche Haltung vollständig aufgegeben. (Ueber die „unparteiliche“ Führung wie über „einseitige“ Haltung — s. u. — eines Blattes sind die Ansichten eben verschiedene. Red.) Redner bittet um Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung des Breslauer Buchdrucker-Gesellensvereins verurteilt die vom Hauptvorstände vorgenommenen Ausschüsse als eine

traffe Statuüberlegung und fordert sofortige Zurücknahme derselben. Sie erachtet die Ausschließung als einen Akt der Unduldsamkeit und der Willkür, umso mehr, als den Ausschlossenen jede Berufung unmöglich gemacht ist. Durch eine derartige Handlungsweise ist kein Mitglied mehr sicher, durch einen Federstrich die langjährig erworbenen Rechte vernichtet zu sehen. Gleichzeitig spricht die Versammlung der Redaktion des Correspondenten ihren Tadel wegen ihrer einseitigen Haltung aus.“ Redner steht auf dem Boden der Beschlüsse der Generalversammlung, verurteilt aber trotzdem die Handlungsweise des Hauptvorstandes, derselbe hätte maßvoller und gerechter vorgehen müssen. Kollege Schlag bemerkt, daß auch der Geworbenen ein Protest an den Hauptvorstand wegen des Ausschusses der an der Gründung der B. W. Beteiligten gerichtet habe. Langenmeyer verteidigt den Ausschluß. Senze bittet um Ablehnung der Resolution Steinbach und stellt dafür folgenden Antrag: „Die Mitgliedschaft Breslaus des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beantragt beim Hauptvorstande, die Ausschüsse der wegen Gründung und Unterföhrung der B. W. ausgeschlossenen Mitglieder (außer Gajch) an die betreffenden zuständigen Mitgliedschaften für den Instanzenweg zur Nachberatung und Beschlusfassung zu überweisen.“ Nach weiteren Aeußerungen der Kollegen Essler, Langenmeyer, Gehner, Siengel u. a. wird zur Abstimmung über die Resolution Steinbach geschritten. Anwesend waren etwa 130 Kollegen. Für die Resolution stimmten 50, dagegen 86. Die Resolution Steinbach war somit abgelehnt. Darauf erfolgte Abstimmung über den Antrag Senze, für welchen 66 stimmten, eine Gegenprobe ergab 28 Stimmen. — Zum nächsten Punkte der Tagesordnung übergehend, „Zur Tarif Einführung in Breslau“, verliest Vorsitzender die Statistikk, welche jedoch ein völlig klares Bild insofern nicht ergibt, weil dieselbe aus einzelnen Offizieren noch nicht eingegangen ist. Die Gesamtzahl der in Breslau beschäftigten Gehilfen beträgt 480, davon werden 448 tarifmäßig bezahlt. Die Arbeitszeit (auschl. Pausen) beträgt in 20 Geschäften 9, in 3 Geschäften 9 1/2 Stunden. Lehrlinge sind 162 vorhanden. In der Provinz Schlesien beträgt die Gesamtzahl der Gehilfen 782, davon werden, soweit bekannt, 342 tarifmäßig und 206 nicht tarifmäßig bezahlt. Kollege Schlag verliest hierauf die ihm zugegangene Statistikk und bemerkt, daß es mit Ausnahme des Vorortes Breslau in der Provinz mit der Einführung des Tarifs noch sehr im argen liege. Der Lohn sei bei 274 Gehilfen über dem Minimum, bei 191 Gehilfen unter dem Minimum, die Arbeitszeit in 18 Geschäften eine 9 1/2, resp. 9 1/2 stündige, in 36 Geschäften eine 10, resp. 9 1/2 stündige, in 9 Geschäften eine 10 1/2 stündige, in 11 Geschäften eine 11 stündige, in 1 Geschäft eine 12 stündige. Auch die Innehaltung der Beibringskala lasse fast alles zu wünschen übrig. — Im ferneren wurde Klage über das Restantenunwesen geführt, es soll, falls keine Remedur erfolgt, zur Veröffentlichung der Säumnissen geschritten werden. — Bemerkenswert ist, daß in obiger Versammlung drei Kollegen aufgenommen wurden und ein Kollege wegen Eintretens für die Prinzipien des Vereins die Unterstützung nach § 2 zugesichert erhielt. — Der Tod entriß uns den im blühendsten Alter stehenden Kollegen Paul Hoffmann. Das Andenken des Verbliebenen wurde in üblicher Weise geehrt. — Hoffen wollen wir, daß die Siagnatur, welche bei unserer Versammlungsbesuchen bisher herrschte, nunmehr überwunden ist; möge jedes Mitglied daran denken, nicht bloß ein zahlender, sondern auch ein thätiger Kollege zu sein, denn ein jeder Kollege ist berufen, die Einigkeit unter uns und damit die Stärke unserer Organisation fördern zu helfen.

h. Königsberg, 22. September. Die am 20. d. M. abgehaltene ordentliche Monatsversammlung hatte nur Vereinstatistiken und Offene Fragen auf der Tagesordnung. Gegen 11 1/2 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr Duesel, dieselbe und beauftragte, nachdem das letzte Protokoll verlesen und genehmigt worden war, in längerer ausführlicher Rede die augenblicklich herrschende Mißstimmung einzelner Mitgliedschaften sowie vieler Kollegen, hervorgerufen durch den Ausschluß der Herren Gajch und Genossen. Er betonte, daß es allerdings sehr traurig für solche alte Mitglieder wäre, mit einem Schlag ihrer sämtlichen Rechte verlustig zu gehen, was aber auch darauf hin, daß es ihr eigener Wille gewesen, indem sie durch die Gründung der B. W. gegen die Verbandsprinzipien handelten. Er verlas ferner die in Halle gefaßte Resolution, welche den Sturz des Herrn Gajch herbeiföhrte und kam schließlich auf die Privatklage Döblin contra Gajch zu sprechen. Wenn auch dieses Vorgehen von allen Anhängern des Verurteilten verdammt werde, so würden doch die ruhiger denkenden Kollegen einsehen, daß unser Hauptvorsitzender nicht anders handeln konnte, nachdem er als Weisestiger die Hand zum Frieden geboten! Hierauf stellte Redner die Angelegenheit zur freien Diskussion, um auch die Meinung der Gegner zu hören; ja er erlaubte die Kollegen sogar, doch das Wort zu ergreifen resp. irgend eine Resolution zu fassen, allein diesmal hatte sich der Vorstand getraut, wenn er glaube, es würde ein heifer Kampf entbrennen — trotz der Auforderung meldete sich niemand zum Wort und dafür hat teilweise der Corr. durch seine ausflüchtenden Artikel, der Vorsitzende durch seine gut durchdachte Rede und die gedruckt vorliegende Resolution der letzten Generalversammlung in Halle gesorgt. Alsdann berichtete der Vorsitzende, daß hier am Ort 189 Kollegen nach den Satzungen des neuen Tarifs arbeiten, während 17 (darunter

E. Rautenberg mit 12) noch in der „Hoffnung“ leben; auch bemerkte er, daß von seiten des Vorstandes Schritte gegen diese Tarifsignoranten unternommen werden würden. Aus der Provinz konnte er erfreuliches nicht mitteilen. In Stalupönen „erdrückten“ sich die zehn dort stehenden Kollegen, bei ihrem Chef, Herrn Buchdruckermeister K., vorstellig zu werden wegen Einführung des neuen Tarifs und erhielten zur Antwort, daß ihnen in vierzehn Tagen Bescheid zugehen werde. Drei dieser Glücklichen erhielten schon nach einer Woche die ersuchte Antwort — natürlich in Form des „Sackes“, während die „bösen 7“ dieselbe gar nicht abwarteten, sondern sich mit den ersten solidarisck erklärten und kündigten. Trotz verschiedener Ueberredungsversuche, Verpflichtungen usw. legten die Kollegen die Arbeit nieder, wohlbewußt, daß der Verband seine Mitglieder auch unterstützt. — Herr Ginius als Kassierer berichtete über den Stand der Herren pro zweites Quartal folgendes: Gezahlt wurde an Reiseunterföhrung für 28 Mitglieder 182,80 Mk., Arbeitslofenunterföhrung für 12 Mitglieder 245 Mk., Krankengeld 991,20 Mk., Invalidenunterföhrung 273 Mk., Gesamtansgabe 1929,90 Mk. Abgesandt an die Hauptkasse wurden 2313,90 Mk. Mitgliederstand am Schlusse des Quartals 318. Die Gesamtannahme der Kassa betrug 668,03 Mk., die Ausgabe 725,37 Mk. Bestand 3873,53 Mk. — Unter „Offene Fragen“ kamen nur einige Sachen lokaler Natur vor. Der Vorsitzende dankte in seinem Schlußworte für den zahlreichen Besuch, erjuchte die Mitglieder, auch ferner ein reges Interesse durch fleißigen Besuch der Versammlungen zu bekunden und schloß um 1 1/2 Uhr die Versammlung.

Mürnberg. Durch ein Versehen wurde unter den auf der bayrischen Landesausstellung ausstellenden Firmen (s. Corr. Nr. 113) die Hofbuchdruckerei G. P. J. Helting-Dieg, Nürnberg, nicht aufgeführt. Genannte Firma (außer Preisbewerbung stehend) hat die Herstellung der Druckfaden für die Ausstellung besorgt und in muster-gültigem Arrangement eine reiche Auswahl künstlerisch ausgeföhrter Accidenzarbeiten usw. ausgestellt. K. B.

Frankfurt a. M. In „Mißacht auf den wertvollen Raum des Corr.“ versucht Herr Dorsch in Nr. 111 des Corr. ganz unbedeutenderweise seinen „Widerwill“ und meine Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen. Soweit er nicht gesonnen ist, seine Unterscheidungen, für die er in letzter Bezirksversammlung keinen einzigen Beweis erbringen konnte, rückfalls zurückzunehmen, überlasse ich diese eigenartige Handlungsweise dem Urteil anderer. Da D. aber glaubhaft machen will, als ob seine zur Sache selbst zwar in gar keinem Zusammenhang stehenden Vorwürfe über meine frühere Thätigkeit, die auch in Nr. 103 des Corr. Aufnahme fanden, wahrheitsgemäße seien, so erlaube ich dieselben, wie bereits in letzter Bezirksversammlung schon gesehen, als eine elende Verleumdung Dorschus und seiner Informatoren. — Jewiewelt, zur Orientierung der auswärtigen Kollegen, die Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe seitens Dorschus geachtet wird, geht z. E. daraus hervor, daß er jüngst Mitglieder zum Ausschluß empfahl, die sich nur gegen die jetzige Prezensur vergingen, hingegen seiner Zeit den Ausschluß des früheren Kreisleiterverwalters Schr., der die Bezirkskasse um nahezu 800 Mk. erlöhret hatte, hinterzöhlen wollte. Ferner: In letzter Bezirksversammlung erklärte Kollege Adam u. a., daß er seit 1852 (?) Mitglied des Verbandes sei und ihm niemals nachfragen könne, daß er je die Prinzipien des Verbandes verlegt oder sich sonstwie vergangen habe. Diese Aeußerung A.s, die der Vorsitzende Dorsch ungerügt passieren ließ, beweist auf Unwahrheit, indem Adam sowohl während des letzten Streiks (1891) wie auch bei früheren Aktionen des Verbandes stehen blieb! Dies wußte D., der mit A. 1891 im gleichen Geschäfte thätig war. Man sieht hierauf, die Verleumdungssticht Dorschus richtet sich nur gegen seine persönlichen Feinde, die Mittel sind ihm herein viel zu gering, obwohl er selbst einmal Einkehr halten dürfte, ob seine Wahrheitsliebe und seine Charakterstärke das „schmelzhaftige Bild“ von ehemals noch verträgt. Koedel. Hoffentlich hat nun dieses Zwiegespräch ein Ende. Red.

Kundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Die Protestversammlungen gegen den Ausschluß Gajch und Genossen scheinen sich im großen und ganzen erledigt zu haben, namentlich vorterten die ausschlaggebenden Großdruckorte, so daß eine Neuauflage über das Resultat derselben wohl am Platz ist. 38 Orte mit rund 2400 Stimmen protestierten gegen den Ausschluß, in denen viele Versammlungen bei schwacher Beteiligung mit nahezu Stimmengleichheit ihre Entscheidung trafen. Bombastisch wurde an anderer Stelle (Landshut) von der „nahezu einstimmigen“ Annahme der Protestresolution berichtet, während von 27 Mitgliedern nur 15 in der Versammlung erschienen, 3 fch vor der Abstimmung wieder „brühten“ und von den übrig gebliebenen noch 3 Mitglieder die disziplinaren Maßnahmen des Vorstandes gutheießen. Fürth läßt in einer außerordentlichen Generalversammlung unbedingt die Zurücknahme der Ausschüsse fordern, doch waren von den 20 Fürther Mitgliedern ganze acht zu dieser „außerordentlichen“ Entschließung zusammengetreten; ähnliche Beispiele „großer Mehrheiten“ stehen sich dem anführen, nur sei noch erwähnt, daß Berlin und Hamburg sich das Vergnügen zweimaligen Protestierens gelistet haben, einmal für und das andre

Mal gegen Gash. Von den neun größten Städten nahmen Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. und Hamburg (außerdem noch Duisburg und Essen) eine vermittelnde Stellung ein, sie waren aber für eine Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Opponenten nur dann zu haben, wenn dieselben ihr Organ fallen lassen, ja in drei Orten (Breslau, Landsbut und Gera) brach sich schon die Erkenntnis Bahn, Gash wegen seines destruktiven Handelns von einer Wiederaufnahme überhaupt auszuschließen; neun Orte stellen sich direkt auf die Seite des Zentralvorstandes. Charakteristisch ist, daß die im fortissimo intonirte Entrüstungsbewegung heute schon erfreulicherweise einem ruhigeren Tempo Platz gemacht hat, die sachlichen Erwägungen treten wieder in ihre Rechte und wir können wohl sagen: „Blut Geschrei und wenig Woll“. Regen vor den oben genannten 2400 Proteststimmen sogar noch 600 als unkontrollierbare Stimmen hinzu, so ergeben sich 3000 Stimmen in 38 Orten von den 21000 Mitgliedern des Verbandes, die sich auf 837 Orte in Deutschland verteilen. Es liegt nach diesen handgreiflichen Resultaten bei der Opposition, soweit dieselbe es überhaupt mit dem Verband ehrlich meint, sich von ihrem (Ver-)führer loszusagen und nun mit der großen Mehrheit an die praktische Arbeit zu gehen.

In Oldenburg wurde in der letzten Versammlung der Ausschluß der Gründer der B. B. einstimmig verurteilt, jedoch die Herausgabe der B. B. mit 18 gegen 3 Stimmen gemißbilligt.

In Kopenhagen hielt der dänische Lithographenbund seinen ersten Kongress ab. Fünf Orte waren durch elf Delegierte vertreten. Es wurde die Herausgabe eines Fachblattes beschlossen, ferner die Aufnahme einer Lohn- und einer Beschäftigungsstatistik und der Anschluß des Verbandes an das graphische internationale Sekretariat. Die neueste Notationsmaschine unter dem Namen „Octubal“ scheint den Altas Anspruch „Alles schon dagewesen“ zu schanden zu machen. Dieselbe druckt und faltet 96000 achtfertige Zeitungen pro Stunde. Automatisch werden die Letzungen von der Maschine gezählt und buchweise verteilt. Die Zylinder rotieren nach der Rate von 200 pro Minute, trotzdem kann die Maschine leicht abgestellt werden. Das Papier wird von vier je 6 Fuß breiten Rollen geliefert in der Länge von 32 1/2 englischen Meilen pro Stunde. Jede Maschine beansprucht eine Bodenfläche von 25 Fuß 6 Zoll × 11 Fuß 8 Zoll und ist 13 Fuß 8 Zoll hoch. Dieselbe verlangt im ganzen zehn Personen zur Bedienung; vier davon sind vollaus beschäftigt um die Letzungen vom Auslagebrette wegzuschaffen. — Was wird nun kommen?

Die Kollegen im Interord in Indien scheinen trotz billigerer Arbeitskraft sich nicht zu bewähren. Die Secretariat Preis in Bengal beschäftigte seit einigen Jahren 35 derselben, doch ist das weibliche Exzerpersonal jetzt bis auf zwei entlassen worden und es sollen auch für die Zukunft dem offiziellen Bericht zufolge keine weiblichen Exzer mehr eingestellt werden. U. a. wird als Grund angegeben, daß dieselben, sobald sie etwas „am Kasien“ leisten können, die „Freunden der Ehe“ für Probelbstische und Sepsissen eintauchen, zu welchem Zwecke sie sicherlich auch besser geeignet sind.

Briefe aus Literatur.
Die scherzweise Äußerung, daß man noch etwas herausbetonnet, wenn man auf ein bestimmtes Blatt abonniert, ist der Berührung nahe. Die in Schweden nicht erscheinende Tägliche Rundschau sendet an Leute, die nach der Ansicht des Herausgebers das Blatt als Tageslektüre vorzuziehen können (nach einer Richtigerstellung des Blattes sollen es nur „etwa 30 Bürgermeister“ gewesen sein, was nicht wesentlich) Schreibbriefe, in denen es u. a. heißt: „Der Kürze halber erlauben wir uns den Abonnementbetrag von 1,25 Mk. für nächstes Quartal in Briefmarken beizufügen mit der ergebenen Bitte, die Bestellung der Täglichen Rundschau mit beigelegtem Bestellzettel bei der dortigen Postanstalt hochgeneigt veranlassen zu wollen.“ Mehr bietet das böhmische Tagesblatt, es vermischt seine Abonnenten gegen Ganz-Jahresabonnenten und willigen Unfall mit 500 Mk., ein Lohndittel, dessen sich z. B. auch der Leipziger Stadt- und Dorf-Anzeiger angeblich mit Erfolg bedient.

Gerurteilt der ehemalige Redakteur der Klester neuesten Nachrichten Wilhelm Schwane wegen Verleumdung des Provinzialschulrates Dr. Kammer in Schleswig zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe, wozu noch 30 Mk. wegen Ungebühr vor Gericht kommen. Da auch das Reichsgericht in der Sache zu entscheiden hatte, so ist die Polemik mit dem Schulrate, der in einer Rede gegen die Naturwissenschaften sich geäußert haben sollte, dem gedachten Blatte sehr teuer zu stehen gekommen. Der Redakteur des in Berlin erscheinenden polnischen Blattes Gazeta Robotnicza lehnte sich gegen die geringe Bestrafung (3 Mt.) eines Herrn v. Bernstorff auf, der mit einem Bistar in Konflikt geraten war und diesen mit den Waffen bedroht hatte, wenn er ihm nicht Genugthuung gebe. Die Kritik des polnischen Blattes wollte die Staatsanwaltschaft mit drei Monaten Gefängnis bestrafen wissen, der Gerichtshof ließ es bei der Hälfte (sechs Wochen) bewenden.

Ein Fabrikant trat mit Holzschuppen an den Füßen eine Arbeiterfrau, die ein Holzbein hat und nur schwer gehen kann, gegen den Unterleib, so daß sie ohnmächtig zusammenbrach und hatte, da dies die Volkstribüne in Düsseldorf scharf rügte, noch den Mut, den Redakteur der letztern zu verklagen. Die Verhandlung endete natürlich mit Freisprechung.

Öffentliches Leben, Sozialreform, Volkswirtschaft.

Von den 250661 Rekruten, welche im Jahr 1895/96 in die deutsche Armee und Marine eingeeilt wurden, hatten 249373 Schulbildung in deutscher Sprache, 914 Schulbildung nur in fremder Sprache und 374 waren ohne Schulbildung, das heißt solche, welche in keiner Sprache genügend lesen oder ihren Vor- und Familiennamen nicht leserlich schreiben konnten. In Prozenten der Gesamtzahl aller Eingeeilten sind diejenigen, welche weder lesen noch ihren Namen schreiben konnten, von 1,08 im Eschjahr 1885/86 auf 0,15 im Eschjahr 1895/96 zurückgegangen. Stellt man für die Bezirke, von welchen die meisten Mannschaften ohne Schulbildung gestellt wurden, diese beiden Jahre gegenüber, so kamen Analphabeten auf je 100 eingeeilte Rekruten in den Regierungsbezirken

| | 1885/86 | 1895/96 |
|--------------------------|---------|---------|
| Rosen | 8,02 | 1,22 |
| Wartenerwerder | 8,84 | 0,81 |
| Gumbinnen | 6,70 | 0,77 |
| Königsberg | 4,47 | 0,72 |
| Oppeln | 2,76 | 0,57 |
| Danzig | 3,64 | 0,41 |
| Bromberg | 6,72 | 0,33 |

Überall ist also eine sehr bedeutende Besserung zu bemerken; am stärksten ist die Verminderung der Eingeeilten ohne Schulbildung in Posen und Wartenerwerder. Nach einer neuesten von Wartholt aufgestellten Statistik gibt es in Portugal 67 unter 100 Bewohnern, welche weder lesen noch schreiben können. Italien hat trotz seiner vielen Universitäten auch noch nicht einmal der Hälfte seiner Landesfinder diese schwierigen Künste beibringen können. Wesentlich besser stehen schon Polen, Ungarn und Rußland, wo die Zahl der Analphabeten zwischen 35 und 40 Prozent schwankt. In Oesterreich erreicht diese noch immerhin 32,7 Proz. Dann folgt Griechenland mit 25 Proz. Zwischen 10 und 20 Proz. des Lesens und Schreibens Unkundige zählen die europäischen Türkei, Belgien und Rumänien. Alle übrigen Staaten Europas haben unter 10 Proz. Analphabeten; über 5 Proz. haben Böhmen, Mähren, Spanien, Irland, unter 4 Proz. Frankreich, England, Holland, unter 3 Proz. Schottland, Deutschland, unter 2 Proz. Norwegen und weniger als 1 Proz. Schweden, die Schweiz und Dänemark.

Eine jeden veröffentlichte Statistik über die Steuererträge im Königreiche Sachsen belehrt uns über das Anwachsen der indirekten Steuern. Im Jahr 1875 kamen rund 22 1/2 Millionen Mark auf diese Weise ein, im Jahr 1885 waren es schon 38 1/2 Millionen und im Jahr 1895 stieg diese Summe auf 60 Millionen. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet ergibt dies eine Steigerung von 8,20 auf 12,15 bzw. 16 Mk. pro Kopf. Diefen 60 Millionen stehen nur 30 Millionen an direkten Steuern gegenüber, d. h. zwei Drittel der Gesamtsteuer werden von der gesamten steuerpflichtigen Bevölkerung nahezu zu gleichen Teilen und nur ein Drittel progressiv aufgebracht. Es ist also ein ganz gutes Geschäft, das die Interessentengruppen machen, welche die Klinker der Gesetzgebung in der Hand haben.

Am 23. September tagte in Straßburg eine Versammlung des Verbandes deutscher Gewergerichte. Fünfzig Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands waren anwesend. Der erste Hauptpunkt der Tagesordnung war eine Besprechung über den Entwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Handwerkerorganisation). Berichterstatter waren die Stadträte Böttner-Leipzig und Welsch-Karlsruhe. Nach längerer Debatte wurde eine von Voth vorgeschlagene Resolution angenommen, wonach die Bestimmungen des Entwurfs über Errichtung von Innungsrichterbgerichten zu streichen seien, da sie die Rechtsprechung in den aus dem Arbeitsvertrag entstehenden Streitigkeiten, die Ausbildung des gewerblichen Arbeitsvertrages und die Entwicklung der Innungsämter erheblich gefährdeten. Weiter wurde der Ausschuss ermächtigt, dahin vorstellig zu werden, daß gegen die Entscheidungen der Innungen in Lebrlingsstreitigkeiten die Klage nicht an die ordentlichen Gerichte, sondern an die Gewerbegerichte gegeben wird.

Die Entlassung wegen Zuspätkommen ist vom Berliner Gewerbegerichte nicht als begründet anerkannt worden. Ein Arbeiter könne nicht schon deshalb entlassen werden, weil er einmal, selbst ein bis zwei Stunden, verspätet an der Arbeitsstelle eintreffe. Erst in einem längeren, unentschuldigtem Fernbleiben könne ein unbefugtes Verlassen, das einer behrlichen Verweigerung der Arbeit gleichstehe, gefunden werden. Es sei nicht Absicht der Gewerbeordnung, das schnelle Lösen des Arbeitsverhältnisses zu begünstigen, deshalb knüpfte sie das Entlassungsrecht an ersicherte Voraussetzungen. Schwierigkeiten, die dem Arbeitgeber im einzelnen Fall aus solchem Zuspätkommen erwachsen, könnten die Auslegung des Gesetzes nicht beeinflussen.

Industrie und Gewerbe.

Wie die Unternehmer für sich zu sorgen wissen, davon zeugt erneut die Zatsache, daß den Aktionären der Kröllwitzer Papierfabrik für das verlossene Geschäftsjahr eine Dividende von 18 Proz. in Aussicht steht. Der Bruttogewinn beträgt 545358 Mk.! Die Fockendorfer Papierfabrik zahlt 7 Proz. Dividende. Und da wundert man sich noch, wenn die Arbeiter eine Erhöhung ihrer künftigen Löhne anstreben!

Die Zahl der Betriebe der deutschen Glasindustrie am Ende des Jahres 1895 betrug 726, die Zahl der von der Berufsgenossenschaft versicherten Personen 71349. Berechnet man die Arbeitstage so, daß je 300 auf einen

Arbeiter kommen, so kamen im Jahr 1895 auf die einzelnen Zweige der Glasindustrie folgende Arbeiterzahlen: Gewöhnliches Hohlglas 15707, Schmelzerei von Hohlglas 5684, Glasperlenfabrikation 436, Fabriken für Glasveredelung 1058, künstliche Glasblumen und Früchte 9, Thermometerfabriken 2, Glasstempelwerke 29, Glasstrickerei 188, Kunsiglaserei 264, Malerei mit Ausnahme von Tafelglas 1090, Grünglas oder grünes Flaschenglas 13407, Tafel- oder Fensterglas 5020, Gussglas oder unpoliertes Spiegelglas 1054, Spiegelglas oder poliertes 1949, Schmelzerei von Spiegel- und Tafelglas 1669, Malerei von Spiegel- und Tafelglas 110, Malerei von Spiegel- und Tafelglas 274, Polierwerke 3085, Sandgebälge 125, alle sonstigen Spezialglasbetriebe 956, Nebenbetriebe 498, zusammen 52614 Arbeiter. Die Zahl der Betriebsunfälle in der Glasindustrie ist sehr bedeutend. In den Jahren 1891 bis einschließlich 1895 mußten 788 Unfälle als entschuldigungs-pflichtig anerkannt werden. Davon hatten 43 den Tod der betreffenden Arbeiter zur Folge, 17 bauernde völlige Erwerbsunfähigkeit.

Die vereinigten deutschen Kettenfabrikannten zeigten kürzlich ihrer Kundschaft an, daß ihr „Ring“ bis Ende 1897 verlängert worden sei. Es heißt in dem betr. Zirkular u. a.: „Nur durch geschlossenes Vorgehen sind wir in der Lage, stabile Verhältnisse zu schaffen und vor allen Dingen auch unseren Arbeitern durch Gewährung auskömmlicher Arbeitslöhne ein menschenwürdiges Dasein zu sichern.“ Ob dies zutrifft, dazu haben die betr. Arbeiter das Wort.

Vereine, Kassen usw.

In Kassel tagte vom 21. September ab ein Kongress der Schuhmacher, zu welchem sich 29 Delegierte eingefunden hatten. Der erste Gegenstand der Tagesordnung war ein Referat über die Lage und Organisation der Schuhmacher in Deutschland, dem sich eine sehr lebhaft Diskussion anschloß. Die vorgeschlagenen und angenommenen Resolutionen verlangen eine energische Agitation für allgemeine Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in Schuhfabriken und der zehnstündigen Arbeitszeit im Kleingewerbe, Stellung der im Kleingewerbe und der Hausindustrie tätigen Schuhmacher unter die Arbeiterchutzgesetzgebung und die Gewerbeinspektion, Einrichtung von Betriebswerkstätten, Aufnahme des Kampfes gegen die Heimarbeit seitens der Arbeiter selbst, Veranstaltung einer Enquete über die Heimarbeit sowie über die Lieferung von Zuthaten durch die Unternehmer und über deren Preise seitens des Vorstandes des Vereins der Schuhmacher, Veranstaltung einer Erhebung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Schuhmacherei durch die Reichskommission für Arbeiterstatistik. Nach erfolgter Abrechnung wurde beschlossen, die Regelung der Streitunterstützung der Generalversammlung zu überweisen. Sodann wurden die üblichen Beschwerden gegen die Redaktion des Fachblattes erledigt. Ueber den Punkt „Generalstreik“ ging man zur Tagesordnung über. Am internationalen Schuhmacherkongresse wird man sich durch drei Delegierte vertreten lassen. — Die sechste Generalversammlung des Vereins Deutscher Schuhmacher, welche sich an den Kongress anschloß, war durch 31 Delegierte besetzt, welche 3697 Stimmen und 30 Orte vertraten. Der Verein zählte am 1. August 12011 Mitglieder. Die Einnahme im letzten Geschäftsjahre (August 95/96) betrug 87591,84, die Ausgabe 63810,52 Mk., Kassenbestand 23781,32 Mk. — Beschlissen wurde, über die obligatorische Einführung des Fachblattes die Gesamtheit der Mitglieder durch Urabstimmung zu befragen. Ferner erklärte man sich „im Prinzip“ für die Arbeitslosenunterstützung, will es jedoch bis auf weiteres den Filialen überlassen, dieselbe lokal einzuführen. Das Verhältnis zur Generalcommission wurde aufgehoben.

In Meerane wurde eine öffentliche Volksversammlung an dem Kommerz verboten, u. a. weil der Reichstagsabgeordnete Nebel sprechen wollte. Eigentlich müßte schon das Mandat vor einem solchen Verbote schützen. — In Torgau war es nach langem Bemühen den Sozialdemokraten gelungen, ein Lokal zu einer Versammlung zu bekommen. Darauf wurde die Kundtschaft des Einberufers, eines Schneidemeisters, aufgebracht, in das Torgauer Kreisblatt die Ankündigung der Versammlung nicht ausgenommen, auch das Ansehen einer solchen an die Plataschulen seitens des Besitzers verweigert, dem Wirte die Entziehung des Mittərbereiches angedroht usw. Diese Klame half, denn die Versammlung fand nicht nur statt, sie war auch sehr stark besucht. — In Vandsberg a. d. W. mußten vor Eröffnung einer Volksversammlung die anwesenden Frauen das Lokal verlassen, weil der Beamte vermutete, daß es sich um die Versammlung eines politischen Vereins handle, was er aus der Zusammenkunft des noch gar nicht gewählten Büreaus schloß, auch wurde die Erhebung eines Eintrittsgeldes untersagt und dies alles auch auf erbörende Beschwerde nachträglich gutgeheißen. — In Schönebeck wollten die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes ihr Stistungsfest feiern. Das wurde untersagt, weil der Verband mehr oder weniger „politisch“ sei, also Frauen an dem „politischen“ Vergnügen nicht teilnehmen dürften. Auch in einem Ort außerhalb Schönebeds wurde das Vergnügen nicht gestattet, weil es in Schönebed verboten war; die bereits erteilte Genehmigung wurde kurz vor Beginn des Festes zurückgezogen. Hier war man aber nicht nur mit der Entfernung der Frauen zufrieden, man verlangte auch die Einreichung der aufzuführenden Theaterstücke zur Zensur und das Mitgliederverzeichnis.

